



Niederschrift

16-039. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses

am Freitag, 10.09.2010, 08:00 Uhr bis 11:25 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes (Neubau) in Heppenheim,
Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1 Eigenbetrieb Neue Wege
 - Feststellung Jahresabschluss 2009
 Vorlage: 16-1856
- Punkt 2 Haushaltsvollzug 2010, Ausblick auf den Nachtragshaushalt
 2010 und den Haushalt 2011
 - Bericht des Finanzdezernenten, Ersten Kreisbeigeordneten
 Metz
- Punkt 2.1 Erster Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr
 2010
 Vorlage: 16-1816
- Punkt 3 Aufgaben und Leistungsentwicklungen des Jugendamtes
- Teil 1: Zweiter Sachstandsbericht Umsteuerungsprojekt
 "Familien stärken - Zukunft schaffen"
 Vorlage: 16-1901
- Teil 2: Personalausstattung
 Vorlage: 16-1902
- Punkt 4 Volkshochschulen im Kreis Bergstraße
 Vorlage: 16-1839
- Punkt 5 Rettungsdienst
 - Feststellung Jahresabschluss 2009
 Vorlage: 16-1830
- Punkt 6 Prüfung der Eröffnungsbilanz des Kreises Bergstraße
 hier: Vorlage des Prüfungsberichts des Revisionsamtes
 Vorlage: 16-1898
- Punkt 7 Jahresabschluss des Kreises für das Haushaltsjahr 2009
 Vorlage: 16-1819/1
- Punkt 8 Zweiter Finanz- und Controllingbericht 2010
 Vorlage: 16-1885

- Punkt 9 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 - Bericht über den Vollzug der Genehmigungsaufgaben
Vorlage: 16-1867
- Punkt 10 Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011
- Produkte, Ziele und Kennzahlen (Teilhaushalte 1, 4 und 6)
- Punkt 11 Abschlussbericht AG Vertragsmanagement
Vorlage: 16-1884
- Punkt 12 Übertragung von Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen des Kreises Bergstraße auf das Land Hessen
Vorlage: 16-1849/1
- Punkt 13 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen
- Punkt 13.1 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Anzeigepflicht der Mitglieder kommunaler Organe gemäß § 26 a HGO i.V.m. § 18 Abs. 1 HKO und § 8 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Bergstraße;
- Unterrichtung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses über die für 2010 abgegebenen Anzeigen
Vorlage: 16-1903

Anwesende:

Ausschussvorsitzende:

Schneider, Gottfried	CDU	außer zu zeitweise TOP 6
von Hunnius, Roland	FDP	zu zeitweise TOP 6

Ausschussmitglieder:

Dörr, Ilona	CDU	
Kunkel, Joachim	CDU	
Roeder, Oliver	CDU	
Wondrejz, Horst	CDU	in Vertretung für Gisela Metzger
Fiedler, Josef	SPD	
Hartmann, Karin	SPD	
Herbert, Gerhard	SPD	(bis TOP 3)
Kaltwasser, Jürgen	SPD	
Ruoff, Jochen	GRÜNE	
Dr. Greif, Martin	FWG	(ab zeitweise TOP 2)
von Hunnius, Roland	FDP	siehe auch Vorsitzende

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Hoch, Haymo	REP
-------------	-----

Kreisausschuss:

Metz, Thomas	CDU	Erster Kreisbeigeordneter
Golzer, Norbert	FWG	Kreisbeigeordneter (bis zeitweise TOP 4)
Schramm, Rita	CDU	Kreisbeigeordnete (bis TOP 4)

Gast:

Stahl, Michael

CURACON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
Zweigniederlassung Darmstadt (zu TOP 1)

Verwaltung:

Goliasch, Gerhard

Finanz- und Rechnungswesen

Medert, Martin

Finanz- und Rechnungswesen

Brück, Tobias

Finanz- und Rechnungswesen

Juch, Andreas

Finanz- und Rechnungswesen

Zubrod, Andreas

Finanz- und Rechnungswesen

Michel, Christina

Controlling

Ende, Karin

Revision

Burelbach, Rainer

Eigenbetrieb Neue Wege (zu TOP 1)

Rechmann, Stefan

Eigenbetrieb Neue Wege (zu TOP 1)

Schneider-Jaksch, Ute

Jugendamt (bis TOP 3)

Frischmuth, Anke

Jugendamt (bis TOP 3)

Hoch, Iris

Kreisvolkshochschule (bis TOP 4)

Heiligenthal, Ernst

Kreisvolkshochschule (bis TOP 4)

Dr. Gabriel, Wolfgang

Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz
(bis zeitweise TOP 4)

Grabowski, Peter

Rettungsdienst (bis TOP 5)

Schriftführerin:

Schüßler, Helene

Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Ausschussvorsitzender Schneider eröffnete um 08:00 Uhr die 16-039. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen, und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Entschuldigt fehlte Landrat Wilkes wegen einer anderweitigen Terminverpflichtung.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben, ebenso wenig gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, die Behandlung der Punkte 3, 7 und 7.1.1 der Einladung vorzuziehen (siehe TOP 1, 2 und 2.1).

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1:

**Eigenbetrieb Neue Wege - Feststellung Jahresabschluss
2009**

Vorlage: 16-1856

Herr Stahl, Wirtschaftsprüfer der CURACON GmbH, gab ergänzende Erläuterungen zum Abschlussbericht und hob dabei das ausgeprägte Kontrollbewusstsein der Betriebsleitung und die frühzeitige Aufstellung des Jahresabschlusses hervor.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, gemäß § 27 Absatz 3 i. V. m. § 30 Eigenbetriebsgesetz den geprüften und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2009 des Eigenbetriebes Neue Wege Kreis Bergstraße festzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 2:

Haushaltsvollzug 2010, Ausblick auf den Nachtragshaushalt 2010 und den Haushalt 2011 - Bericht des Finanzdezernenten, Ersten Kreisbeigeordneten Metz

Erster Kreisbeigeordneter Metz informierte über den Stand des Haushaltsvollzugs 2010 und gab einen Ausblick auf den Nachtragshaushalt 2010 und den Haushalt 2011, die sich beide derzeit in der verwaltungswirtschaftlichen Aufstellungsphase befinden.

Für den Nachtragshaushalt 2010 scheinen nach aktuellem Stand Ergebnisverbesserungen gegenüber dem Haushalt 2010 von rd. 3,2 Mio. € erreichbar. Bei den Kosten der Unterkunft seien trotz Senkung des Bundesanteils Wenigeraufwendungen von rd. 1 Mio. € bei den Leistungen nach SGB II prognostiziert, da die Arbeitslosenquote geringer als befürchtet angestiegen sei. Weitere Ergebnisverbesserungen erhoffe man bei Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie für Zuweisungen und Zuschüsse durch die haushaltswirtschaftliche Sperre.

Das Haushaltsjahr 2011 werde für den Kreis Bergstraße und auch die anderen hessischen Landkreise das schwierigste Jahr werden, da sich die Konjunkturkrise und der Steuereintrich 2009 nun auf der Landkreisebene bemerkbar machten. Die aktuelle Trendberechnung der Umlagegrundlagen durch den Kreis Waldeck-Frankenberg werde noch abgewartet, zu rechnen sei mit einer Verringerung der Umlagegrundlagen für den Kreis von 245 Mio. € auf 227 Mio. €. Dies bedeute Wenigereinnahmen bei der Kreisumlage von rd. 12 Mio. € und bei den Grunderwerbssteuer- und Schlüsselzuweisungen von rd. 6,5 Mio. €. Mit der prognostizierten Erhöhung der LWV-Umlage um 1,5 Mio. € ergäben sich damit bereits Ergebnisverschlechterungen von rd. 20 Mio. €. Für 2011 sei derzeit von einem Haushaltsdefizit von 60 bis 65 Mio. € auszugehen, der Kassenkreditrahmen werde auf 200 Mio. € ausgeweitet werden müssen. Ende 2009 hätten die Kassenkredite aller hessischen Landkreise über 1,8 Milliarden € betragen und in den kommenden Jahren sei eine Verdopplung dieses Defizits zu erwarten. Im Ländervergleich hätten die hessischen Landkreise mit Abstand die höchste Pro-Kopf-Verschuldung.

Die Zielsetzungen für den Kreishaushalt 2011 seien Kürzungen im Stellenplan, keine Erhöhungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und eine gegenüber den Vorjahren deutlich niedrigere Nettokreditaufnahme.

Zum Haushalt 2011 wurden von Ausschussmitgliedern insbesondere folgende Punkte angesprochen, zu denen Erster Kreisbeigeordneter Metz und Herr Goliasch Erläuterungen gaben:

- Kreisumlagehebesatz (keine Erhöhung geplant, da hierfür in den Kreisgremien keine Mehrheit ersichtlich)
- Auswirkung der vorgesehenen Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs für 2011 um 360 Mio. € auf den Kreishaushalt (zu erwartende Wenigereinnahme von rd. 5,5 Mio. €)
- Auswirkungen des von Ministerpräsident Bouffier avisierten "Schutzschirms für die Kommunen" (derzeit noch keine konkreten Auswirkungen abschätzbar; neben der finanziellen Hilfe des Landes wäre es auch wichtig, den Kommunen mehr Gestaltungsfreiheit hinsichtlich der Standards von gesetzlichen Leistungen zu geben)

Zum Haushaltsvollzug 2010 teilte Ausschussvorsitzender Schneider mit, dass er sich von der Verwaltung regelmäßig über die Ausgabenentwicklung bestimmter Produkte unterrichten lasse und dem Ausschuss bei Bedarf diese Informationen weitergebe. Dies könnte im Rahmen einer Sondersitzung erfolgen.

Punkt 2.1: **Erster Finanz- und Controllingbericht für das Haushaltsjahr 2010**
Vorlage: 16-1816

Im Nachgang zur Behandlung des ersten Finanz- und Controllingberichts in der Sitzung am 18. Juni 2010 wurde eine schriftliche Erläuterung der Fachabteilung zur Kennzahl "Durchführungen der Gefahrenverhütungsschauen innerhalb der gesetzlich definierten Frist", Produkt 1361 - Brand- und Katastrophenschutz, mit Anmerkung des zuständigen Dezernenten, Kreisbeigeordnetem Ohl, verteilt.

Punkt 3: **Aufgaben und Leistungsentwicklungen des Jugendamtes**

Teil 1: Zweiter Sachstandsbericht Umsteuerungsprojekt "Familien stärken - Zukunft schaffen"
Vorlage: 16-1901

Teil 2: Personalausstattung
Vorlage: 16-1902

Visualisiert durch eine PowerPoint-Präsentation (als Anlage der Niederschrift beigefügt, ergänzt um die Altersverteilung der Mitarbeiter im Jugendamt) gab Frau Schneider-Jaksch Erläuterungen zum zweiten Sachstandsbericht über das Umsteuerungsprojekt und stellte die stetigen Aufgaben- und Leistungszuwächse bei der Kinder- und Jugendhilfe dar, die zunehmend personelle Ressourcen erforderten. Sie wies auf die Ergebnisse renommierter Studien hin, die zeigten, dass überdurchschnittlich belastete Fachkräfte im Jugendamt zu steigenden Aufwendungen bei der Kinder- und Jugendhilfe führten und dass die Personalkosten im Vergleich zu den Transferkosten nur einen geringen Anteil an den Gesamtaufwendungen eines Jugendamtes ausmachten.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der Vorlage 16-1901 und dem zweiten Sachstandsbericht zum Umsteuerungsprojekt Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wurde um Präzisierung der mit dem Revisionsamt abgestimmten Kriterien für einen Umsteuerungsfall und der Ertragsberechnung und um die Grundlagen für die Berechnung des projektrelevanten Budgets gebeten.

Frau Frischmuth erläuterte die Berechnung des Umsteuerungsertrags an jeweils einem Beispiel eines Umsteuerungsfalles aus dem Bereich der stationären und der ambulanten Pflege. Als schwierig bezeichnete sie die Ertragsberechnung von Präventionsmaßnahmen.

Bei der Aussprache über die beantragte Schaffung von vier neuen Stellen im Jugendamt in den Bereichen Kindertagespflege, UVG und Grundsatzreferat/Rechtsberatung

- forderten die Abgeordneten Hoch, Fiedler und Dr. Greif im Hinblick auf die wegen der Finanzlage des Kreises beabsichtigten weiteren Stellenkürzungen in den kommenden Jahren konkrete Vorschläge bei den anstehenden Stellenplanberatungen, in welchen Abteilungen Stellen zum Ausgleich für die beantragten vier neuen Stellen im Jugendamt gestrichen werden sollen, und ein Gesamtkonzept zur Stellenplanung in der Verwaltung;
- regte Abgeordneter Wondrejz an zu prüfen, ob bezüglich der Einrichtung eines Grundsatzreferats ein interkommunales Projekt mit anderen Kreisen zweckmäßig sei;
- hielt Abgeordneter Ruoff eine intensive Befassung mit der Einnahmeproblematik im UVG-Bereich für erforderlich; Frau Ende verwies auf die wiederkehrende Feststellung des Revisionsamts, dass für diesen Bereich im Jugendamt mehr Personal nötig und die Einstellung eines Diplom-Rechtspflegers sinnvoll sei;
- schlug Abgeordneter von Hunnius vor, die Vorlage heute nur zu Kenntnis zu nehmen und erst bei der Behandlung des Stellenplans 2011 über die Neuschaffung von Stellen im Jugendamt zu beraten;

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss kam einvernehmlich überein, die Vorlage 16-1902 in der heutigen Sitzung nur zur Kenntnis zu nehmen und keine Beschlussempfehlung an den Kreistag zu geben. Dem Kreistag wird empfohlen, die Vorlage 16-1902 in der Sitzung am 13. September ebenfalls nur zur Kenntnis zu nehmen. Über die Schaffung neuer Stellen im Jugendamt soll erst im Rahmen des Stellenplans 2011 beraten werden. Zu diesen Beratungen sollen die im Rahmen der Aussprache gewünschten ergänzenden Informationen gegeben werden.

**Punkt 4: Volkshochschulen im Kreis Bergstraße
Vorlage: 16-1839**

Auf Fragen aus dem Ausschuss zur Organisation der Volkshochschulen in Bensheim, Lampertheim und Viernheim wurde klargestellt, dass diese gemäß den Vereinbarungen von 1984 und 1985 Zweigstellen der Kreisvolkshochschule seien. Das Personal sei bislang städtisch und werde so bleiben.

Bei der Aussprache über das vorgeschlagene Wiederinkraftsetzen und Modifizieren der Vereinbarungen mit den Städten gab es Kontroversen:

- Abgeordneter Ruoff sprach sich gegen ein Wiederinkraftsetzen der Vereinbarungen zwischen dem Kreis und den drei Städten aus, da damit Parallelstrukturen aufrechterhalten würden. Wenn die Städte eigene Volkshochschulangebote haben wollten, sollten sie diese selbst tragen.
- Abgeordneter von Hunnius bezeichnete die hinsichtlich Verteilungsmaßstab der Landesmittel und Laufzeit modifizierten Vereinbarungen als einen vertretbaren Kompromiss zwischen Kreis und den betroffenen Städten, auch wenn gesamtwirtschaftlich gesehen eine den ganzen Kreis umfassende Einrichtung effizienter wäre.
- Abgeordnete Hartmann hielt die Punkte 2 und 3 des Beschlussvorschlags (Befristung der Vereinbarungen und Kennzahlvorgabe) für verzichtbar und bat um rechtliche Prüfung hinsichtlich eines Anspruchs der Städte auf den Landeszuschuss (nach Auskunft von Frau Hoch sind nur Landkreise, kreisfreie Städte und Sonderstatusstädte zuschussberechtigt). Weiter sah sie erhebliche Mehraufwendungen für den Kreis, wenn sich die Städte aus der Unterhaltung der Zweigstellen zurückziehen sollten, so dass die derzeitige Situation für den Kreis vorteilhafter sei.
- Abgeordneter Fiedler beantragte getrennte Abstimmung über die Ziffern 1 bis 3 des Beschlussvorschlags und nannte als Begründung, dass nur Ziffer 1 zwischen Landrat und den drei Bürgermeistern einvernehmlich geregelt sei, während die Ziffern 2 und 3 nicht mit den Bürgermeistern abgesprochen seien. Erster Kreisbeigeordneter Metz erklärte dies für nicht zutreffend.
- Abgeordneter Dr. Greif lobte die nun geklärte Führungsrolle der Kreisvolkshochschule Bergstraße.
- Abgeordneter Roeder erinnerte an die seinerzeitige Beschlussfassung bei den gemeinsamen Haushaltsberatungen des Ausschusses für Schule und Soziales und des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses. Seiner Ansicht nach wäre es besser gewesen, die Gespräche mit den Bürgermeistern vor der Kündigung der Vereinbarungen zu führen. Als positiv sah er das automatische Auslaufen dieser Vereinbarungen, da dann über eine interkommunale Zusammenarbeit im Volkshochschulbereich zu diskutieren sei.

Bei getrennter Abstimmung über die Ziffern 1 bis 3 des Beschlussvorschlags fasste der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag im Umgang mit den Volkshochschulen nachstehenden Beschluss zu fassen.

"Der Kreistag beschließt:

- (1) Die Vereinbarungen mit Bensheim, Lampertheim und Viernheim werden zum 1. Januar 2011 - unter der Vorgabe, den jeweils gewährten Landeszuschuss zwischen dem Kreis und den genannten Städten hälftig nach Einwohnerzahlen und hälftig nach Fläche aufzuteilen - wieder in Kraft gesetzt.

- (2) Diese Vereinbarung tritt am 1. Januar 2011 in Kraft und endet automatisch am 31. Dezember 2013 - sie bedarf nicht der Kündigung.
- (3) Die Volkshochschulen in Bensheim, Lampertheim und Viernheim werden als Zweigstellen der Kreisvolkshochschule Bergstraße geführt – als Maßstab für die künftige Arbeit gelten die in der Vorlage 16-1839 genannten Kennzahlen, die spätestens im Jahr 2013 in allen Zweigstellen erreicht werden sollen."

Abstimmungsergebnisse der Einzelabstimmungen über die Ziffern 1 bis 3:

zu Ziffer 1: 10 Jastimmen, 1 Neinstimme

zu Ziffer 2: 7 Jastimmen, 3 Neinstimmen, 1 Stimmenthaltung

zu Ziffer 3: 7 Jastimmen, 3 Neinstimmen, 1 Stimmenthaltung

Punkt 5: Rettungsdienst - Feststellung Jahresabschluss 2009 Vorlage: 16-1830

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag nimmt von den der Vorlage 16-1830 beigefügten Unterlagen Kenntnis und stellt gemäß § 27 Abs. 3 in Verbindung mit den §§ 5 Nr. 11 und 30 Eigenbetriebsgesetz den Jahresabschluss zum 31.12.2009 des Rettungsdienstes Kreis Bergstraße fest.

Von dem Bilanzgewinn in Höhe von 99.657,78 € werden 90.000 € in die Gebührenaussgleichsrücklage eingestellt, 3.200 € an den Kreis ausgeschüttet und 6.457,78 € auf neue Rechnung vorgetragen."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 6: Prüfung der Eröffnungsbilanz des Kreises Bergstraße hier: Vorlage des Prüfungsberichts des Revisionsamtes Vorlage: 16-1898

Bei der Aussprache über den Prüfbericht gab es Fragen insbesondere zu den Prüfungsfeststellungen, zu denen Erster Kreisbeigeordneter Metz und Mitarbeiter der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen sowie des Revisionsamtes Auskünfte gaben.

Bezüglich der Bewertung der Straßengrundstücke wurden die unterschiedlichen Bewertungsmaßstäbe der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen und des Revisionsamtes thematisiert.

Herr Goliash und Frau Ende erläuterten hierzu, dass die Bewertung durch die Abteilung Finanz- und Rechnungswesen gemäß der im Rahmen der gesetzlichen Richtlinie erstellten Bewertungsrichtlinie des Kreises vorgenommen worden und nicht zu beanstanden sei und dass vom Revisionsamt nur ein Hinweis auf den von den hessischen Revisionsämtern empfohlenen Bewertungsmaßstab gegeben werde. Von der Verwaltung werde das Fehlen von klaren und eindeutigen gesetzlichen Vorgaben für die Bewertung von derartigen Vermögensgegenständen bedauert.

Für eine Änderung der 2007 vom Kreistag beschlossenen Bewertungsrichtlinie sah der Ausschuss keine Notwendigkeit.

Den festgestellten Korrekturbedarf bei der Netto-Position von rd. 6 Mio. € bezeichneten Erster Kreisbeigeordneter Metz und Frau Ende als nicht gravierend. Gemäß der gesetzlichen Vorgabe erfolgten die erforderlichen Korrekturen ergebnisunabhängig in der Schlussbilanz des Jahres 2010.

Im Ausschuss wurde um eine zeitliche Abstimmung der Jahresabschlüsse des Kreises und der Eigenbetriebe gebeten, damit die Schlussbilanz für das Jahr 2010 zeitnah vorgelegt werden könne. Im Hinblick auf zukünftig zu erstellende Konzernabschlüsse sei eine Anpassung der Fristen für die Erstellung der Jahresabschlüsse angezeigt.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss fasste folgenden

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Eröffnungsbilanz unter Berücksichtigung des Prüfergebnisses des Revisionsamtes des Kreises Bergstraße festzustellen. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Korrekturen im Zuge des Jahresabschlusses 2010 vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

In Anbetracht der fortgeschrittenen Sitzungsdauer sprach sich der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss einstimmig dafür aus, die nachfolgenden Tagesordnungspunkte

- | | |
|-------------------------|---|
| <u>Punkt 7:</u> | Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: 16-1819/1 |
| <u>Punkt 8:</u> | Zweiter Finanz- und Controllingbericht 2010
Vorlage: 16-1885 |
| <u>Punkt 9:</u> | Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 - Bericht über den Vollzug der Genehmigungsauflagen
Vorlage: 16-1867 |
| <u>Punkt 10:</u> | Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011
- Produkte, Ziele und Kennzahlen (Teilhaushalte 1, 4 und 6) |

Punkt 11: **Abschlussbericht AG Vertragsmanagement**
Vorlage: 16-1884

Punkt 12: **Übertragung von Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen des Kreises Bergstraße auf das Land Hessen**
Vorlage: 16-1849/1

nicht mehr zu behandeln und wie von Ausschussvorsitzendem Schneider vorgeschlagen auf eine Sondersitzung zu vertagen, bei der er auch aktualisierte Zahlen zum Haushaltsvollzug vorlegen wolle.

Als Termin für die Sondersitzung wurde Freitag, 1. Oktober 2010, 8:00 Uhr, vereinbart.

Abgeordneter Ruoff regte an, zukünftig bei der Terminplanung für die Kreisgremien die Sitzungen des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses nicht mehr für den Freitag vor einer Kreistagssitzung vorzusehen, um bei den Beratungen der häufig umfangreichen Tagesordnungen weniger unter Zeitdruck zu stehen.

Punkt 13: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen**

Punkt 13.1: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen; hier: Anzeigepflicht der Mitglieder kommunaler Organe gemäß § 26 a HGO i.V.m. § 18 Abs. 1 HKO und § 8 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Bergstraße;**
- Unterrichtung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses über die für 2010 abgegebenen Anzeigen
Vorlage: 16-1903

In der Sitzung wurde die Informationsvorlage 16-1903 mit der Zusammenstellung der angezeigten Mitgliedschaften und Tätigkeiten der Kreistags- und Kreisausschussmitglieder verteilt.

Die Sitzung wurde um 11:25 Uhr durch Ausschussvorsitzenden Schneider geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

Vorsitzende:

Schriftführerin:

gez. Schneider

gez. Schußler

gez. von Hunnius